



Kiel, 14. Juli 2016

Nr. 181 /2016

Martin Habersaat:

## CDU weiß nicht, was sie will, aber sie will es sofort

*Zur heutigen Beschlussfassung des Bildungsausschusses über die Integration von Flüchtlingen in die berufliche Bildung erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat*

Die CDU spricht in Bund und Land in unterschiedlicher Sprache. Hier fordert sie maximale Lösungen, die sie auf Bundesebene mit dem Integrationsgesetz eben nicht umsetzt, was vor allem für die jungen Flüchtlinge mit unsicherem Bleibestatus (vor allem die Afghanen) große Unsicherheit schafft.

Erst will die CDU eine Berufsschulpflicht bis zum Alter von 25 oder noch besser 27, dann ist es nur noch ein Recht in Ausnahmefällen.

Die Koalition hat einen detaillierten Antrag (Umdruck 18/6421) vorgelegt und verabschiedet, der die Maßnahmen von Bund und Land für diese Zielgruppe (besonders die sogenannte 3+2-Regelung) darstellt und die Landesregierung darin bestärkt, gemeinsam mit der Bundesregierung weitere Schritte zu einer Integration dieser Flüchtlinge in unser Bildungs- und Ausbildungswesen zu gehen. Damit ist ihnen mehr gedient als mit realitätsfernen Forderungen, die mit den vorhandenen Lehrkräften und den zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten nicht umsetzbar wären.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)